KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

27. Januar – 3.Februar. 2023

Die Mobilisierung gegen die Rentenreform war am 31. Januar etwas größer als am ersten Streiktag, der am 19. Januar stattfand. Rund 1,212 Millionen Menschen demonstrierten in Frankreich, gegenüber 1,12 Millionen vor zwölf Tagen, wie das Innenministerium mitteilte. Die französische Bahngesellschaft SNCF strich 423 von 650 Schnellzügen. Im gesamten Bahnnetz fielen 75% der Züge aus. Laut Bildungsministerium streikten 25,02% der Lehrkräfte in Frankreich. Die Gewerkschaften riefen bereits zu zwei weiteren Streiktagen auf. Diese sollen am 7. und 11. Februar stattfinden. Ab dem 6. Februar wird die Rentenreform in der Nationalversammlung debattiert. Wie erwartet, konnte der Ausschuss für soziale Angelegenheiten die Reform vor der Parlamentsdebatte nicht gänzlich prüfen. Von den über 7000 eingereichten Änderungsanträgen wurden 4997 nicht diskutiert.

Der französische Senat hat sich am 1. Februar mit 166 zu 152 Stimmen dafür ausgesprochen, die „Freiheit der Frau", einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen, in der Verfassung zu verankern. Im ursprünglich von den Linkspopulisten La France insoumise in der Nationalversammlung eingebrachte Vorschlag für eine Verfassungsänderung wurde noch der Wortlaut „Recht der Frau" geführt. Die Nationalversammlung hatte der Verfassungsänderung am 24. November mit 337 Stimmen (32 Gegenstimmen, 18 Enthaltungen) zugestimmt. Die vom Senat vorgeschlagene neue Formulierung geht nun an die Nationalversammlung zurück.

Olivia Grégoire, beigeordnete Ministerin, zuständig für kleine und mittlere Unternehmen, Handel, Handwerk und Tourismus hat die Einführung eines sogenannten „Antiinflations-Lebensmittelkorbs" bei den großen Einzelhandelsunternehmen angekündigt. Konkret sollen „knapp fünfzig" Produkte des täglichen Bedarfs zu „bezahlbaren" Preisen ab März für einen Zeitraum von drei Monaten in den Supermarktregalen angeboten werden.

Premierministerin Élisabeth Borne hat am 30. Januar angekündigt, dass auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Montreuil-Bellay im Departement Maine-et-Loire eine Gedenkstätte zur Erinnerung an die während des Zweiten Weltkriegs internierten Sinti und Roma eingerichtet werden soll. Die Ankündigung fand im Rahmen der Vorstellung eines neuen Plans zur Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus sowie von weiteren Diskriminierungen statt. Eingeführt werden soll zudem ein verpflichtender Besuch einer Gedenkstätte für alle Schülerinnen und Schüler in Frankreich.

Der ukrainische Verteidigungsminister Oleksej Resnikow ist am 30. Januar zu Gesprächen mit Staatspräsident Emmanuel Macron und Verteidigungsminister Sébastien Lecornu nach Paris gereist. Resnikow sagte bei einer Pressekonferenz mit Lecornu, er wünsche sich eine „Führungsrolle" der Franzosen im Bereich der Lieferung von Kampfflugzeugen. Staatspräsident Emmanuel Macron hatte bereits im Vorfeld klare Konditionen für eine solche Lieferung formuliert. Frankreich kündigte an, zwölf weitere Caesar-Haubitzen an die Ukraine liefern zu wollen. Zuvor hatte Paris bereits 18 der mobilen Artilleriegeschütze zur Verfügung gestellt. Außerdem soll die Ukraine von Frankreich ein Luftüberwachungsradar vom Typ GM 200 erhalten. Bis zum Sommer will Frankreich zudem die Ausbildung von 2000 ukrainischen Soldaten in Frankreich gewährleisten. Darüber hinaus kündigte Lecornu die Entsendung von 150 französischen Soldaten nach Polen an, die dort gemeinsam mit polnischen Soldaten die Ausbildung von 600 ukrainischen Kämpfern pro Monat übernehmen sollen. Im Gespräch ist ferner die Lieferung des französisch-italienischen Luftverteidigungssystems SAMP/T, das Mittel- und Langstreckenraketen abfangen kann. Resnikow betonte, dass er die „laufenden Arbeiten" zur Bereitstellung von SAMP/T begrüße.

Frankreich und Italien haben Thales und MBDA einen gemeinsamen Großauftrag über fast 700 Aster-Mittelstreckenflugabwehrraketen erteilt und damit ihren gemeinsamen Willen bekundet, „ihre land- und seegestützten Flugabwehrkapazitäten zu modernisieren und dauerhaft zu sichern", wie das französische Verteidigungsministerium am 30. Januar mitteilte.

Der israelische Premierminister Benyamin Netanyahu hat am 2. Februar den französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron zu einem gemeinsamen Abendessen im Elyséepalast getroffen. Die beiden Staatschefs sprachen insbesondere über die wachsenden Spannungen im und mit dem Iran sowie den israelisch-palästinensischen Konflikt. Eine Pressekonferenz fand nicht statt.
Die französische Außenministerin Catherine Colonna ist am 2. Februar zu Gesprächen mit Riad und Abu Dhabi gereist. Ziel des Austausches sei es, vor dem Hintergrund der regionalen Instabilität die Partnerschaften mit Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten zu stärken, wie das französische Außenministerium bekanntgab.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

„Einwanderung kontrollieren und Integration verbessern" lautet der Titel des letzten Entwurfs des Einwanderungsgesetzes, das am 1. Februar im Ministerrat vorgestellt wurde. Der Text soll im März im Senat, der über eine bürgerlich-konservative Mehrheit verfügt, und Ende Mai/Anfang Juni in der Nationalversammlung diskutiert werden. Die Républicains (LR), deren Stimmen für die Annahme des Gesetzes erforderlich sind, haben sich bereits klar gegen die vom Gesetz vorgesehene Anerkennung von illegalen Einwandern aus Berufsfeldern mit Fachkräftemangel ausgesprochen. Die Regierung signalisierte Gesprächsbereitschaft für die Einführung von Quoten und möglichen Einschränkungen für die Familienzusammenführung.

DIE ZAHL DER WOCHE

Die Reform der Arbeitslosenversicherung trat am1. Februar in Kraft. Sie sieht vor, dass die Dauer des Arbeitslosengeldes für alle Arbeitssuchenden, die ab dem 1. Februar ihre Ansprüche geltend machen, um 25 % gesenkt wird. Ein Arbeitsloser, der nach dem derzeitigen System beispielsweise Anspruch auf 12 Monate Arbeitslosengeld gehabt hätte, wird nur noch neun Monate Arbeitslosengeld beziehen können.

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500
www.kas.de/fr/web/frankreich